

WIRKSAMER FLÄCHENNUTZUNGSPLAN DER GEMEINDE SCHWABHAUSEN



LEGENDE FLÄCHENNUTZUNGS- /
LANDSCHAFTSPLAN

Art der baulichen Nutzung



Sondergebiet nach §11 BauNVO
Zweckbestimmung
"Freiflächen-Photovoltaikanlage"

Grünflächen



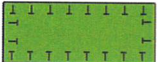
Grünflächen, geplant
nach § 5 Abs. 2 Nr. 5 BauGB



Neupflanzung von Baum-Strauchhecke
in Gruppen, zwei- bis dreireihig



Neupflanzung von Strauchhecke in Gruppen
zwei- bis dreireihig



Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur
Pflege und zur Entwicklung von Boden,
Natur und Landschaft

sonstige Planzeichen



Geltungsbereich der 2. Teiländerung

2. TEILÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANS
DER GEMEINDE SCHWABHAUSEN



VERFAHRENSVERMERKE

Folgend sind die einzelnen Verfahrensschritte in chronologischer Reihenfolge dargestellt:

- a) Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 23.04.2013 die 2. Teiländerung des Flächennutzungsplanes für die "Freiflächenphotovoltaikanlage südlich der Bahnlinie Dachau-Altomünster" beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 03.05.2013 ortsüblich bekannt gemacht.
- b) Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung für den Vorentwurf der 2. Teiländerung des Flächennutzungsplanes in der Fassung vom 28.05.2013 hat in der Zeit vom 10.06.2013 bis 09.07.2013 stattgefunden.
- c) Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB für den Vorentwurf der 2. Teiländerung des Flächennutzungsplanes in der Fassung vom 28.05.2013 hat in der Zeit vom 10.06.2013 bis einschließlich 09.07.2013 stattgefunden.
- d) Zu dem Entwurf der 2. Teiländerung des Flächennutzungsplanes in der Fassung vom 23.07.2013 wurden die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 09.08.2013 bis 09.09.2013 beteiligt.
- e) Der Entwurf der 2. Teiländerung des Flächennutzungsplanes in der Fassung vom 23.07.2013 wurde mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 09.08.2013 bis 09.09.2013 öffentlich ausgelegt.
- f) Die Gemeinde Schwabhausen hat mit Beschluss des Gemeinderates vom 01.10.2013 die 2. Teiländerung des Flächennutzungsplanes gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom 01.10.2013 festgestellt.

Gemeinde Schwabhausen, den 23.10.2013
(Siegel)

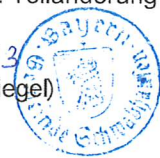


Herr Josef Baumgartner, 1. Bürgermeister

- g) Das Landratsamt Dachau hat die 2. Teiländerung des Flächennutzungsplanes mit Bescheid vom 26.11.2013 Az: 40/610 - 4/2 BL 13 00 29 gemäß § 6 BauGB genehmigt.

- f) Die Erteilung der Genehmigung des Flächennutzungsplan wurde am 06.12.2013 gemäß § 6 Abs. 5 ortsüblich bekannt gemacht. Die 2. Teiländerung des Flächennutzungsplanes ist damit wirksam.

Gemeinde Schwabhausen, den 09.12.2013
(Siegel)



Herr Josef Baumgartner, 1. Bürgermeister

2. Teiländerung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Schwabhausen

Fassung: 01.10.2013

Maßstab: 1: 5000



Planfertiger:

Gemeinde Schwabhausen
Münchener Straße 12
85247 Schwabhausen

bos.ten AG
the forward company

Bearbeitung:

Franz-von-Taxis-Ring 30-32
93049 Regensburg
Andrea Gatzek
Landschaftsarchitektin



2. TEILÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANS

Freiflächen- Photovoltaikanlage südlich der Bahnlinie Dachau - Altomünster

Begründung und Umweltbericht

Gemeinde Schwabhausen
Landkreis Dachau

Stand: 01.10.2013

2. TEILÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANS „Freiflächen-Photovoltaikanlage südlich der Bahnlinie Dachau - Altomünster“

1. AUSGANGSSITUATION

Die Nutzung erneuerbarer Energien soll die Bundesrepublik Deutschland unabhängiger vom Import fossiler Energieträger machen. Gleichzeitig ist es ein gesellschaftliches Ziel, den Ausstoß klimaschädlicher Gase zu reduzieren. Die Gemeinde Schwabhausen ist sich hierbei ihrer Rolle bewusst und grundsätzlich der Nutzung erneuerbarer Energien gegenüber positiv eingestellt, um einen Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen zu leisten. Folglich steht die Gemeinde Schwabhausen auch der Energiegewinnung durch Freiflächen-Photovoltaikanlagen grundsätzlich positiv gegenüber.

Die nun im Verfahren befindliche Vorhabenfläche befindet sich im Außenbereich in einem 110 m-Korridor südlich entlang der Gleisanlagen der Bahnlinie Dachau - Altomünster.

Die Änderung des Flächennutzungsplanes mit integriertem Landschaftsplan umfasst die Teilflächen-Fl.Nrn. 166, 167, 168, Gemarkung Arnbach.

Landes und Regionalplanung

Bauleitpläne sind den Zielen der Raumordnung und der Landesplanung anzupassen. Im Landesentwicklungsprogramm und dem Regionalplan sind diese Ziele und Grundsätze dargestellt und abgewogen.

Bauleitplanung

Im rechtswirksamen Flächennutzungsplan sind im Änderungsbereich und im angrenzenden Umfeld Flächen für die Landwirtschaft, die Bahnlinie Dachau – Altomünster, die Staatsstraße St 2054, der Feldweg Fl.Nr. 165, Waldflächen, Flächen der Hochstaudenflur / Röhricht dargestellt.

Östlich der Vorhabenfläche grenzt der Markt Indersdorf an. Im rechtswirksamen Flächennutzungs- und Landschaftsplan des Marktes Indersdorf sind eine landschaftliche Vorbehaltsfläche sowie Vorbehaltsflächen für den Naturschutz. Negative Auswirkungen der Vorhabenflächen auf die angrenzenden Flächen des Marktes Indersdorf entstehen nicht, da die derzeit bestehenden Ackerflächen in Grünland umgewandelt werden. Einträge durch ackerbauliche Nutzungen sind für diesen Bereich nicht mehr zu erwarten.

2. ANLASS UND ZIELSETZUNG DER PLANUNG, BEDARFSBEGRÜNDUNG

Aufgrund eines konkreten Planungsvorhabens zur Nutzung als Photovoltaikanlage ist ein Bauleitplanverfahren notwendig. Die Flächen werden für die geplante Nutzungsart als Sondergebiet im Sinne von § 11 Abs. 2 BauNVO dargestellt. Die Änderungsfläche umfasst ca. 5,34 ha. Die Sondergebietsfläche liegt im 110 m-Korridor der Bahnlinie Dachau - Altomünster. Der Standort ist vom Vorhabenträger auf Eignung geprüft. Diese Überprüfung ergab, dass keine städtebaulich oder naturschutzfachlich besser geeigneten Standorte zur Verfügung stehen. Nach Rückbau der Anlage stehen die Flächen wieder einer landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung.

Landesentwicklungsprogramm Bayern 2006

Ziel B V 3.6 Erneuerbare Energien: Erneuerbare Energien – (...) direkte Sonnenenergienutzung (...) – sollen verstärkt genutzt und erschlossen werden.

Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) (Bundesgesetzblatt Jahrgang 2004 Teil 1 Nr. 40, Bonn 31. Juli 2004).

Ziel und Zweck des Gesetzes sind es, im Interesse des Klima-, Natur- und Umweltschutzes eine nachhaltige Energieversorgung zu ermöglichen, einen Beitrag zur Reduzierung von Konflikten um fossile Energien zu leisten sowie die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern.

„Es ist von besonderer Bedeutung, dass die bayerische Energieversorgung im Interesse der Nachhaltigkeit auch künftig auf einem ökologisch und ökonomisch ausgewogenen Energiemix aus den herkömmlichen Energieträgern Mineralöl, Kohle, Erdgas und Kernenergie, verstärkt aber auch erneuerbare Energien, beruht“ (LEP 2006 BV 3.2.3 Grundsatz).

„Es ist anzustreben, dass die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erhalten und weiter ausgebaut (...) werden“ (LEP 2006 BV 3.2.3 Grundsatz).

Demnach ist die Erzeugung von Strom mit Photovoltaikanlagen gewünscht. „... Auf das charakteristische Orts- und Landschaftsbild ist möglichst zu achten“ (LEP 2006 BVI 1 Grundsatz).

Langfristig (bis zum Jahr 2020) soll das Gesetz dazu beitragen, den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung auf mindestens 20% zu erhöhen.

Entwurf des Landesentwicklungsprogramms vom 22.05.2012

Im Hinblick auf die mögliche Fortführung des Landesentwicklungsprogramms wird hier ebenfalls der Entwurf des Landesentwicklungsprogramms vom 22.05.2012 zitiert. Dort ist unter Punkt 6.2.2 (B) Folgendes zu lesen:

„Freiflächen-Photovoltaikanlagen können das Landschafts- und Siedlungsbild erheblich beeinträchtigen. Dies trifft besonders auf bisher ungestörte Landschaftsteile zu (vgl. 7.1.3). Deshalb sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf vorbelastete Standorte gelenkt werden. Hierzu zählen z.B. Standorte entlang von Infrastruktureinrichtungen (Verkehrswege, Energieleitungen etc.) oder Konversionsstandorte.“

Unter dem oben angesprochenen Punkt 7.1.3 ist der Erhalt freier Landschaftsbereiche benannt. Hier wird u. a. festgelegt: „Unzerschnittene verkehrsarme Räume sollen erhalten werden“. Bei der Vorhabenfläche an der Bundesstraße und der Bahnlinie kann von einem unzerschnittenen Landschaftsraum nicht gesprochen werden.

Abweichung vom Anbindungsgebot (EEG-Fähigkeit von Flächen)

Laut IMS vom 14.01.2011, Seite 2, 3. Absatz liegt folgende Beurteilungsgrundlage vor: „Mit dem Anbindungsgebot bei Freiflächen-Photovoltaikanlagen soll unter anderem eine Zerschneidung von (weitgehend ungestörter) Landschaft vermieden werden. Dies ist bei der EEG-Variante „auto- oder eisenbahnnahe Fläche“ dahingehend zu interpretieren, dass Freiflächen-Photovoltaikanlagen in einem eng begrenzten Korridor von 110 m beidseits der Autobahn- oder Eisenbahntrasse angesichts der Vorbelastung der Flächen möglich sind.“

Ministerialrat, Dr. Parzefall von der Obersten Baubehörde sagt im Hinblick auf die Auswirkungen der aktuellen Einspeisevergütung nach dem EEG für Freiflächen-PV-Anlagen auf deren bau- und landesplanerische Beurteilung aus, dass die zwingende Einhaltung des Anbindegebots von Freiflächen-PV-Anlagen an eine Siedlungseinheit nicht haltbar sei.

Da die Gemeinde Schwabhausen der Energiegewinnung durch Freiflächen-Photovoltaik gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt ist, wurde die Änderung des Flächennutzungsplanes von der Gemeinde beschlossen und ein Bauleitplanverfahren eingeleitet.

Zeitgleich wird im Parallelverfahren der Vorhabenbezogene Bebauungsplan „Freiflächen-Photovoltaikanlage südlich der Bahnlinie Dachau - Altomünster“ durchgeführt. Somit entwickelt sich der Vorhabenbezogene Bebauungsplan mit integriertem Grünordnungsplan aus dem Flächennutzungsplan.

3. PLANUNGSKONZEPTION

Die Nutzung der bisher landwirtschaftlichen Flächen ist nunmehr als Sondernutzung mit der Zweckbestimmung „Freiflächen-Photovoltaikanlage“ vorgesehen.

Infrastruktur, Erschließung

Die Flächen für die Sondernutzung liegen außerhalb der Anbauverbotszonen der klassifizierten Straßen. Die Sondergebietsfläche liegt direkt an der Bahnlinie Dachau - Altomünster. An das überörtliche Verkehrsnetz ist die Photovoltaikanlage über die Staatsstraße St 2054 sowie den Feldweg mit Fl.Nr. 165 angeschlossen.

Die Einspeisung des gewonnenen Stroms erfolgt durch den Vorhabenträger direkt in die vorhandenen Netze in der Nähe des Änderungsbereiches.

Eine Wasserver- und -entsorgung ist nicht notwendig.

Immissionsschutz

Durch das geplante Vorhaben sind durch die Verwendung von reflexionsarmen Modulen, die bestehende Topografie und die geplante Eingrünung keine Blendimmissionen zur Bahntrasse zu erwarten. Eine Blickbeziehung im Osten und Süden zur bestehenden Staatsstraße St 2054 in ca. 220 m Entfernung besteht. Aufgrund der bestehenden Topografie sowie der bestehenden Baumgruppe im Südosten kann eine Blendung des Verkehrs auf der Staatsstraße St 2054 für den morgendlichen und abendlichen Berufsverkehr nicht ausgeschlossen werden. Auf Ebene des Bebauungsplanes wurde eine Blendanalyse durchgeführt. Diese ergab, dass eine Blendung der Verkehrsteilnehmer der Staatsstraße St 2054 ausgeschlossen wird.



Quelle: © Bayerische Vermessungsverwaltung 2013

Die angrenzenden landwirtschaftlichen Nutzflächen werden ortsüblich bewirtschaftet. Mit Staubimmissionen, die durch Mähdrusch und bei der Bodenbearbeitung während trockener Witterung entstehen können sowie durch entstehende Beeinträchtigungen durch die herkömmliche Bewirtschaftung ist zu rechnen.

Denkmalschutz

Bau- und Bodendenkmäler sind bekannt und somit nicht betroffen. In den vorhandenen Listen und Beschreibungen von Denkmälern sind keine Hinweise auf irgendwelche Be-

stände innerhalb des Geltungsbereiches genannt. Eventuell beim Bau zu Tage tretende Bodendenkmäler werden der Unteren Denkmalschutzbehörde gemeldet.

4. ANLAGE – BELANGE DES UMWELTSCHUTZES, DES NATURSCHUTZES UND DER LANDSCHAFTSPFLEGE - UMWELTBERICHT

4.1 Beschreibung der Planung

4.1.1 Inhalt und Ziele des Bauleitplanverfahrens

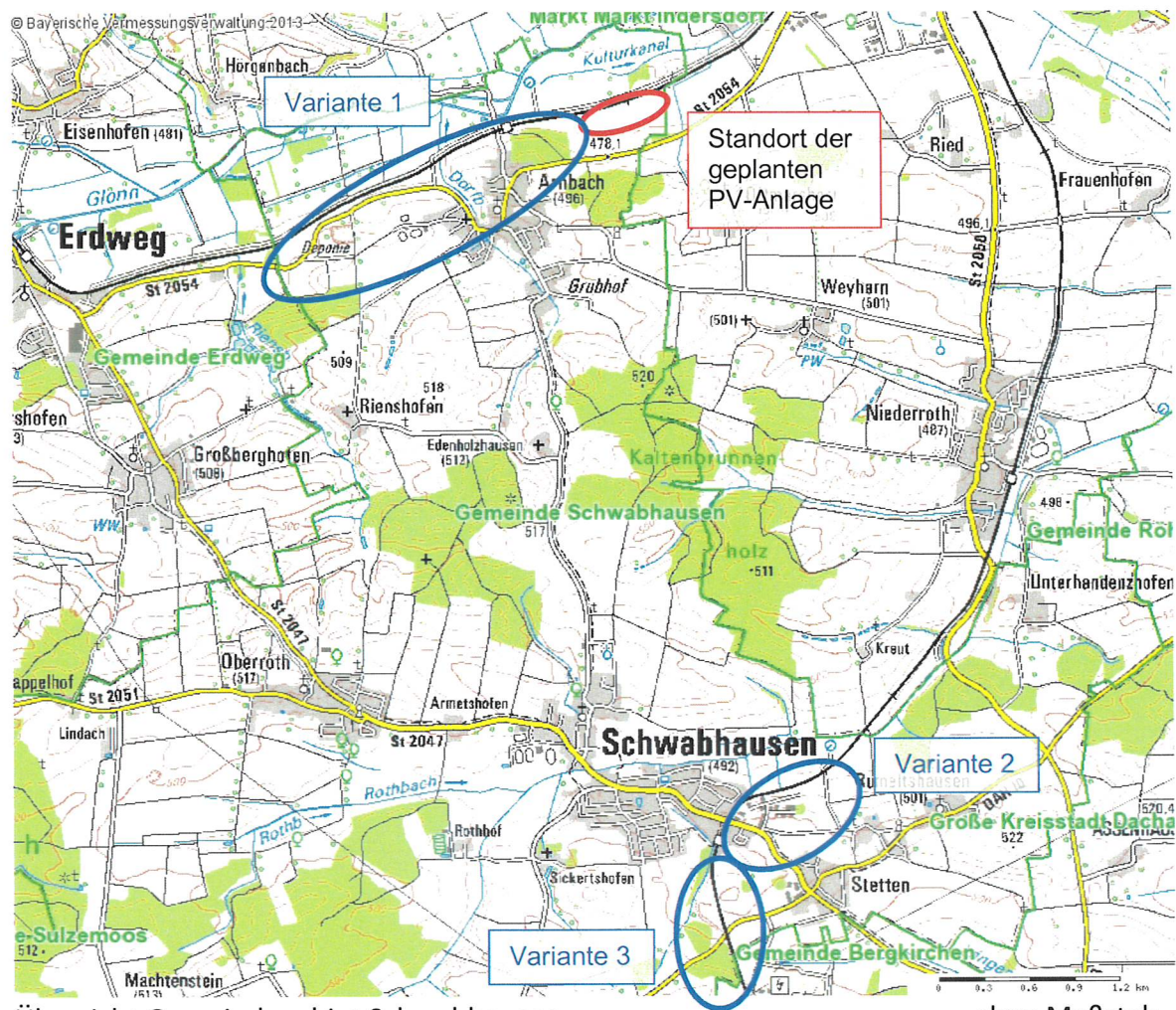
Es erfolgt entlang der Bahnlinie Dachau - Altomünster die Ausweisung eines Sondergebietes zur Sonnenenergienutzung.

4.1.2 Ergebnis der Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten (Standortalternativen)

Die Ergebnisse der Einzelprüfung der Vorhabenflächen ergaben folgende Positivkriterien, die letztendlich zur Auswahl der Vorhabenflächen geführt haben:

- Keine Beeinträchtigung von Orts- und Landschaftsbild
- Künftige städtebauliche Planungen werden nicht in ihrer Entwicklungsmöglichkeit eingeschränkt
- Sehr gute geografische und betriebstechnische Lage (leicht südöstlich geneigt)
- Große zusammenhängende Flurstücke mit den notwendigen, betriebstechnischen Voraussetzungen
- Gute Erschließungsmöglichkeit für Maschinen und Material
- Keine Beeinträchtigungen der umliegenden Flächennutzungen
- Verfügbarkeit der Flächen für die Nutzung als Photovoltaikanlage
- Konformität mit den Kriterien des EEG § 32 (aktueller Stand 01.04.2012)

In dem auf der nächsten Seite dargestellten Kartenausschnitt ist die im Gemeindegebiet Schwabhausen verlaufende Bahntrasse ersichtlich (dünne schwarze Linie von West nach Nordost und dann weiter nach Süden).



Übersicht Gemeindegebiet Schwabhausen
(©Bayerische Vermessungsverwaltung 2013)

ohne Maßstab

Die Flächen (Variante 1) nördlich der Bahntrasse bei Arnbach liegen innerhalb des Landschaftsschutzgebietes Glonn und befinden sich teilweise im Überschwemmungsgebiet der Glonn und wurden daher nicht weiter verfolgt. Die Flächen südlich der Bahntrasse bei Arnbach grenzen westlich der derzeit geplanten Photovoltaikanlage an und verlaufen weiter Richtung Westen bis an die Gemeindegrenze der Gemeinde Erdweg. Diese Flächen sind jedoch nicht verfügbar.

Die Flächen (Variante 2) nordöstlich von Schwabhausen weisen überwiegend Nordhänge auf. Hier würde u. a. eine Photovoltaikanlage der städtebaulichen Entwicklung entgegenstehen. Das Orts- und Landschaftsbild ist hier durch die bestehenden Gewerbebauten bereits vorbelastet.

Die Flächen (Variante 3) südlich von Schwabhausen befinden sich am Nordhang. Einige Flächen westlich der Bahnlinie weisen starke Verschattung durch den bestehenden Wald auf und sind kleinteilig in ihrer Flächengröße. Auch sind diese im Flächennutzungsplan als Ausgleichsflächen dargestellt. Zudem wäre das Orts- und Landschaftsbild durch eine Photovoltaikanlage beeinträchtigt.

Anderweitige Planungsmöglichkeiten, wie die Anbindungsmöglichkeiten an Siedlungseinheiten wurden nicht weiter in Betracht gezogen, da es sich hierbei überwiegend um zu kleinteilige Flächen handelt, welche nicht wirtschaftlich wären. Weiterhin schränken Gehölz- und Waldbestände sowie ein großer Anteil an Nordhängen weitere Flächen ein.

Zusammenfassend gibt es im gesamten Gemeindegebiet keine weitere Fläche, die, in Betracht der Lage und der oben genannten Kriterien, besser für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage geeignet wäre. Deshalb wurden die Flächen von der Gemeinde Schwabhausen in das Bauleitplanverfahren aufgenommen.

4.2 Prüfmethoden der Umweltprüfung

4.2.1 Räumliche und inhaltliche Abgrenzung

Der räumliche Umfang umfasst den Geltungsbereich mit rund 5,34 ha. Für einzelne Schutzgüter wie Mensch, Tier, Landschaftsbild, Wasser und Luft ist ein größerer Untersuchungsraum notwendig.

4.2.2 Angewandte Untersuchungsmethoden

Es erfolgte eine Auswertung vorhandener Unterlagen, ergänzt durch eine Geländeerhebung. Eine Abschichtung der Umweltprüfung erfolgt durch den im Parallelverfahren befindlichen, vorhabenbezogenen Bebauungsplan.

4.2.3 Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung erforderlicher Informationen

keine vorhanden

4.3 Planerische Vorgaben und deren Berücksichtigung

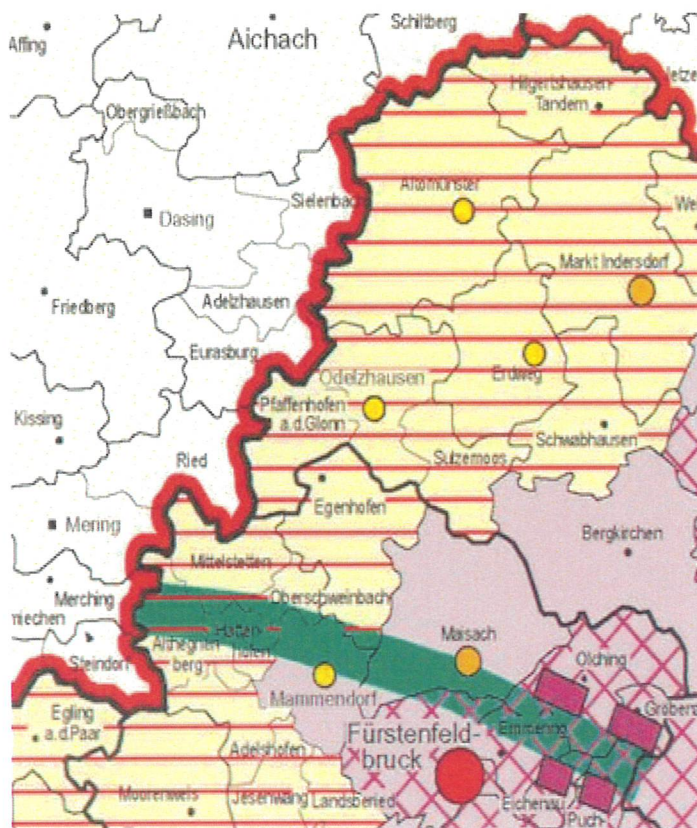
Die 2te Teiländerung des Flächennutzungsplanes hat unter Berücksichtigung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung, insbesondere im Hinblick auf mögliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild, zu erfolgen. Weitere relevante Fachplanungen sind im Änderungsgebiet nicht bekannt.

Die Gemeinde Schwabhausen liegt im Landkreis Dachau.

Regionalplan Region 14 München

Die Gemeinde Schwabhausen, Landkreis Dachau, wird der Region „München“ zugeordnet. Das gesamte Planungsgebiet von Schwabhausen befindet sich in einem „Ländlichen Teilraum, der im Umfeld der großen Verdichtungsräume liegt“. Die äußere Verdichtungszone beginnt im Süden bei dem Gemeindegebiet Bergkirchen. Die Entwicklungsachse ver-

läuft südwestlich von Schwabhausen in West-Südost-Richtung. (vgl. Regionalplan München – Karte 1 Raumstruktur).



Gemäß Karte 2 „Siedlung und Versorgung“ (Ausschnitt II des RP 14 München) sind auf der Vorhabenfläche keine Vorbehalts- bzw. Vorranggebiete für Bodenschätze dargestellt. Die nächsten Vorranggebiete für Lehm und Ton liegen südöstlich und südwestlich von Schwabhausen. Das nächste Vorranggebiet für Kies und Sand liegt südwestlich von Bergkirchen (vgl. Regionalplan München – Tektur zu Karte 2 „Siedlung und Versorgung, Tektur Bodenschätze 2“). Laut Begründungskarte zu B II Z 4.2.2 „Regionale Grünzüge“ verläuft ein regionaler Grünzug südöstlich von Schwabhausen (bei Dachau) von Süd nach Nordost. Der regionale Grünzug Nr. 19 „Schöngeisinger Forst / Maisacher Moos / tertiäres Hügelland bei Dachau“

Auszug Karte 1 Raumstruktur, RP 14 München

(vgl. Regionalplan München – Begründungskarte zu B II 4.2.2 „Regionale Grünzüge“) verläuft in Süd nach Nordost-Richtung.

Laut Karte 2 „Siedlung und Versorgung“ befindet sich kein nahgelegenes Wasserschutzgebiet im Umfeld von Schwabhausen. Außerdem sind keine wasserwirtschaftlichen Vorranggebiete im näheren Umfeld ausgewiesen.

Laut Karte 3 „Landschaft und Erholung“ (Ausschnitt II des RP 14 München) bestehen innerhalb des Planungsgebietes keine landschaftlichen Vorbehaltsgebiete und kein Trenngrün. Nördlich der Bahnlinie Dachau-Altomünster befindet sich von Südwesten nach Nordosten (Richtung Markt Indersdorf) ein „Landschaftliches Vorbehaltsgebiet“. Durch die Planung sind keine Schutzgebiete betroffen.

Laut Begründungskarte zu B I 1.2.2 „Landschaftsräume“ befindet sich das Planungsgebiet im Landschaftsraum „Täler im Dachauer Hügelland“. Das nächste Vorbehaltsgebiet „Landsberger Platte“ gemäß Ziel B I 1.2.2.01-B / 1.2.2.18 befindet sich nördlich von Markt Indersdorf.

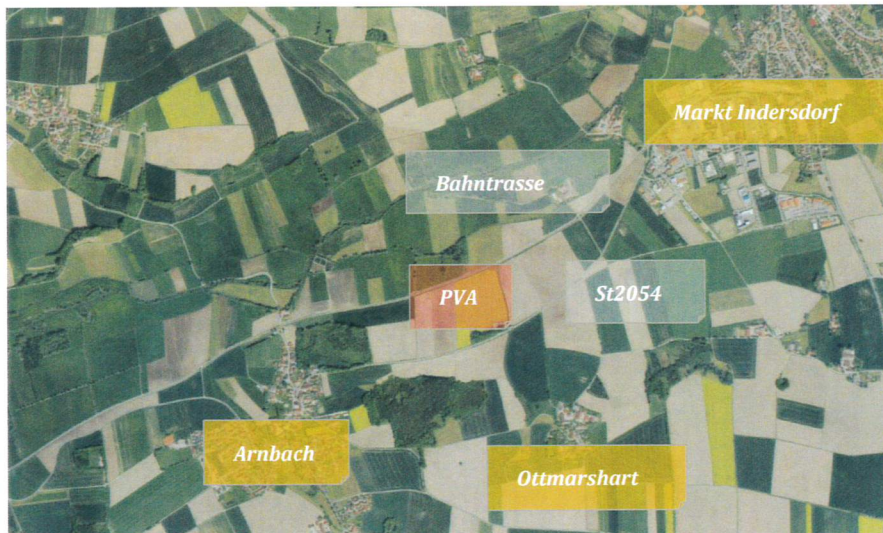
Aus dem Regionalplan sind weiterhin keine naturschutzfachlich wertvollen Aussagen für dieses Gebiet zu entnehmen.

4.4 Beschreibung des derzeitigen Umweltzustandes

Schutzgut	Ziele und deren Berücksichtigung
Bodenschutz	Bodenversiegelung auf das notwendige Maß beschränken, Funktionen des Bodens erhalten und wiederherstellen, sparsamer Umgang mit Grund und Boden
Berücksichtigung:	sparsame Erschließung, Nebengebäude am Grundstücksrand, keine Fundamente für die Module, ausreichender Abstand der Module über dem Boden
Immissionsschutz	Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen und Auswirkungen auf das Lokalklima
Berücksichtigung	Anordnung der Module parallel zur Hauptwindrichtung, genügend Abstand zwischen den Modulen, Lage in gut durchlüfteter Lage im Landschaftsraum, Eingrünungsmaßnahmen zum Schutz vor Blendimmissionen, Verwendung reflexionsarmer Module
Wasserschutz	Schutz von Grund- und Oberflächenwasser, Erhalt der natürlichen Rückhaltefunktion
Berücksichtigung	Schmelz- und Niederschlagswasser kann zwischen den Modulen abtropfen und auf dem Grundstück versickern, keine erhebliche Veränderung des Wasserhaushalts.
Natur- und Landschaftsschutz	Standortprüfung mit Beurteilung möglicher Fernwirkungen und erheblicher, nachteiliger Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild
Berücksichtigung	Randeingrünung zur Minderung der Fernwirkung, Festsetzungen zur Dimension und Gestaltung der baulichen Anlagen, visuelle Prüfung zur Beurteilung der Auswirkungen auf das Landschaftsbild

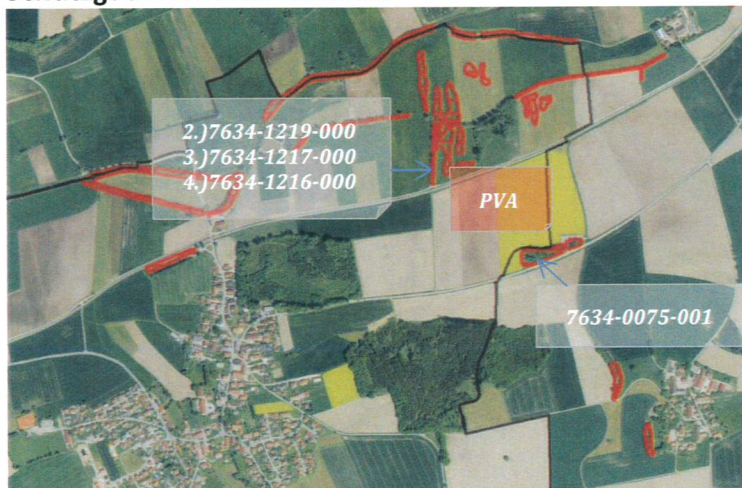
Schutzgut Mensch

An die Änderungsflächen grenzen bisher landwirtschaftliche Nutzungen an. Es besteht nur geringer Sichtkontakt zu Ortschaften. Dieser wird durch die bestehende Topografie, die bestehende Ortsrandeingrünung und zusätzlich durch die geplante Baum- und Strauchpflanzung in Gruppen im Westen / Süden / Osten und der Strauchbepflanzung im Norden minimiert. Durch die bestehende Blickbeziehung zur Bahntrasse und der Staatsstraße St 2054 bestehen bereits Beeinträchtigungen für die Erholungsnutzung. Wander- sowie Radwege sind von dem Vorhaben nicht betroffen. Die Wander- und Radwege in Arnbach verbinden Markt Indersdorf im Osten und Altomünster im Nordwesten.



Lage der PV-Anlagen, Verkehrsachsen,
Quelle: ©Bayerische Vermessungsverwaltung 2013

Schutzgut Tiere und Pflanzen



Quelle: Fachinformationssystem Naturschutz in Bayern
(©Bayerische Vermessungsverwaltung 2013)

Auf der Planungsfläche liegen keine Angaben über streng geschützte oder gefährdete Arten vor.

Im Geltungsbereich bestehen keine Biotope und Flächen nach Art. 23 BayNatSchG i. V. m. § 30 BNatSchG. Das nächste amtlich kartierte Biotop Nr. 7634-0075 „Straßengehölz nord-östlich von Arnbach“ mit der Teilfläche 1 und Teilfläche 2 liegt rund 260 m im Südosten. Das Biotop besteht aus Straßengehölzen mit Erlen, Eichen, Pappeln und Weiden ohne nennenswerte Strauch- und Krautschicht an der Straße von Arnbach nach Markt Indersdorf. Das Biotop Nr. 7634-0075 mit der Teilfläche 1 und der Teilfläche 2 ist als lokal bedeutsames Feuchtgebiet in der Karte 2.2 Feuchtgebiete laut Arten- und Biotopschutzprogramm (ABSP Landkreis Dachau) deklariert.

Erheblich nachteilige Auswirkungen sind durch das Vorhaben nicht zu erwarten, da keine Gehölzstrukturen im Vorhabengebiet sind. Durch die Eingrünung mit Strauchpflanzungen und mit Baum-Strauchhecken, sowie einer extensiv genutzten Wiesenfläche und einer Begrünung der Photovoltaikflächen können die Lebensraumbedingungen für viele Arten der offenen und der durch Hecken gegliederten Landschaften verbessert werden. Nach dem Leitfaden zur Berücksichtigung von Umweltbelangen bei der Planung von PV-Freiflächenanlagen nutzen Feldlerche und Rebhuhn die extensiv genutzten Flächen zwischen den Modulen als Brut- und Nahrungsgebiet. Die Extensivierung führt dazu, dass keine mineralischen Dünger und keine Pflanzenschutzmittel angewendet werden. Die Verschattung und die unterschiedliche Menge an Niederschlagswasser, das die Flächen erreicht, werden zu einer Ausdifferenzierung der Pflanzendecke führen. Kleinräumig wechselnde Standortunterschiede werden herausgebildet. Die zu erwartende Begrünung verbessert das Nahrungsangebot für verschiedene Tiere. Das Nahrungsangebot für Insekten wird verbessert und damit das Angebot für Vögel und Fledermäuse. Für die Fledermausarten gehen durch die Überbauung mit Modulen landwirtschaftliche Flächen als potenzielle Jagdhabitats verloren. Genügend landwirtschaftliche Nutzflächen als Jagdgebiete sind im weiteren Umfeld vorhanden. Andere Vogelarten werden eher indirekt vom Vorhaben beeinträchtigt. Es sind jedoch ausreichende Ausweichgebiete im näheren Umfeld vorhanden.

Durch den Abstand der Zäune zum Boden ist zumindest eine gewisse Durchlässigkeit für mittelgroße Säuger wie Hase, Fuchs und Dachs gegeben.

Es sind im Planungsbereich keine Vorkommen geschützter Pflanzenarten bekannt. Insbesondere sind keine Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und von streng geschützten Arten der Bundesartenschutzverordnung bekannt. Mit einem Vorkommen ist nicht zu rechnen. Es können Säugetiere / Kriechtiere / Lurche und Schmetterlinge vorkommen. Diese sind im Anhang IV der FFH-Richtlinie und von streng geschützten Arten der Bundesartenschutzverordnung bekannt. Dagegen können europäische Vogelarten i. S. des Art. 1 der Vogelschutzrichtlinie vorkommen. Für die vermutlich vorkommenden, häufigen Vogelarten sind die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG zu beachten. Die Auswirkungen sind nach bisherigen Erkenntnissen eher positiv, erhebliche negative Auswirkungen sind nicht zu erwarten. Eine weitergehende artenschutzrechtliche Prüfung im Rahmen der beiden Bauleitplan-Verfahren wird nicht für erforderlich gehalten.

Die Glonn, die nördlich der Bahnlinie von West nach Ost verläuft, stellt als zentrales Fließgewässer im Landkreis Dachau eine regional bedeutsame Vernetzungsachse dar. Die Glonn ist nach der Amper der wertvollste Fließgewässer-Lebensraum im Landkreis Dachau. (Quelle: Landratsamt Dachau > Abt. 6 Umweltschutz > Sg. 60 Naturschutz, Kreisfachberatung für Gartenbau und Landespflege > Natur- und Landschaftsschutz > Naturschutzprojekte im Landkreis > Glonntal). Die potenzielle natürliche Vegetation im Glonntal besteht aus Zittergrasseggen-Stieleichen-Hainbuchenwald im Komplex mit Hainmieren-Schwarzerlen-Auenwald. Im Glonntal befinden sich Biotop (Biotoptyp „Seggen- od. bindenreiche Nasswiesen, Sümpfe“), die unter anderem nordöstlich von Arnbach aus einer

Nasswiese mit aspektbildender Kammsegge und typischen Begleitarten wie Kohldistel, Schlangen-Knöterich oder anderen Seggenarten bestehen. Die Nutzungsstruktur des Wirkraumes ist überwiegend von Landwirtschaft geprägt.

Durch die Errichtung der Photovoltaikanlage werden keine bereits betroffenen bzw. geplanten Maßnahmen gestört.

Die landwirtschaftlich genutzten Flächen sind als Acker genutzt. Der Ausgleichsbedarf von insgesamt 8.163 m² (entspricht 20%) wird innerhalb des Geltungsbereiches erbracht.

Schutzgut Boden

Die Vorhabenfläche wird derzeit intensiv landwirtschaftlich genutzt. Daraus resultiert eine Bodenverdichtung durch den Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen. Durch die Verwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln wird der Boden ebenfalls nachteilig beeinflusst. Eine Erosionsgefährdung durch Wasser ist aufgrund der minimalen Neigung des Geländes ausgeschlossen. Laut Geologischer Karte M 1:500.000 finden sich hauptsächlich „Ablagerungen im Auenbereich, meist jungholozän, und polygenetische Talfüllung, z.T. würmzeitlich - Mergel, Lehm, Sand, Kies, z.T. Torf“ im Planungsbereich. Gemäß der Übersichtsbodenkarte M 1:25.000 kommen „fast ausschließlich Gley-Braunerde aus (skelett-führendem) Sand (Talsediment)“ im Vorhabenbereich vor.

Schutzgut Wasser

Der Geltungsbereich liegt in keinem Wasserschutzgebiet. Es liegen keine Wasserschutzgebiete im Umfeld. Es sind keine Fließgewässer von der Maßnahme betroffen. Die Glonn fließt rund 502 m nördlich der Bahnlinie von West nach Nordost. Aktuelle Messungen zum Grundwasserstand liegen nicht vor. Die Glonn im Norden befindet sich bei etwa 469 müNN, daher ist von einem mittleren Grundwasserflurabstand auszugehen. Im Osten befindet sich ein Graben. Der Kulturkanal fließt rund 230 m nördlich der Bahnlinie von West nach Nordost. Aktuelle Messungen zum Grundwasserstand liegen nicht vor. Der Kulturkanal im Norden befindet sich bei etwa 469 müNN, daher ist von einem Grundwasserflurabstand von 1-2 m auszugehen. Durch die Bodenüberdeckung, ohne erkennbare, flachgründige Stellen, ist von keiner erheblichen Empfindlichkeit für Grundwasserbeeinträchtigungen auszugehen. Die Vorhabenfläche liegt, laut Informationsdienst Überschwemmungsgefährdeter Gebiete (IÜG) außerhalb von Überschwemmungsgebieten. Jedoch liegt das Vorhabengebiet in einen wassersensiblen Bereich und das Überschwemmungsgebiet der Glonn grenzt direkt im Norden, nördlich der Bahnlinie Dachau – Altomünster an.

Schutzgut Klima/Luft

Das Klima im Untersuchungsgebiet ist kontinental geprägt und weist mäßig kalte Winter und relativ warme Sommer auf. Es besteht eine gut durchlüftete, freie Lage entlang der

Bahnlinie. Das Gemeindegebiet hat einen durchschnittlichen Jahresniederschlag von 750 bis 850 mm bei einer Jahresdurchschnittstemperatur von +7 bis +8°C (Quelle: <http://www.bis.bayern.de/bis>. –Fachthema Klima von Bayerisches Landesamt für Umwelt). Nach dem Bayerischen Solar- und Windatlas liegt das Gemeindegebiet im Bereich einer Globalstrahlung von ca. 1149 kWh/m².

Schutzgut Landschaft- und Ortsbild

Das Vorhabengebiet liegt im Naturraum Glonntal. Weiter im Süden grenzt der Naturraum Donau-Isar-Hügelland an. Der Erlebniswert der Landschaft ist im Planungsgebiet mittel. Das Landschaftsbild im Planungsraum ist geprägt von einer intensiven landwirtschaftlichen Nutzung in relativ ausgeräumter Agrarlandschaft mit wenigen Kleinstrukturen, die sich als Einzelbäume oder Hecken im nächst gelegenen Biotop aufreihen, so dass die Merkmale Vielfalt und Schönheit eher als durchschnittlich zu bezeichnen sind. Die Eigenart ist ebenfalls als durchschnittlich einzuschätzen, die Gestalt- und Formenkomplexe, die Seltenheit haben keine bedeutende Rolle. Topographisch ist das Gelände gering bewegt und liegt bei etwa 471 mÜNN im Nordosten und etwa 473 mÜNN im Südwesten. Dahin gehend ist das Glonntal ein landschaftliches Vorbehaltsgebiet. Das Glonntal ist ein Landschaftsschutzgebiet und bildet eine 1 bis 1,5 km breite Fläche mit ca. 3.000 ha und verläuft von Südwest nach Nordost. Geprägt wird das Landschaftsbild des Glonntales nördlich der Bahnlinie durch eine Auenlandschaft. Das Bild der Auenlandschaft wird hier jedoch durch Entwässerung und Nutzungsintensivierung beeinträchtigt. Aufgrund der angrenzenden Bahnlinie Dachau-Altomünster im Norden sowie der Staatsstraße St 2054 weiter im Süden ist das Landschaftsbild bereits vorbelastet.

Die Sichtbeziehung vom Ortsausgang Arnbach Richtung Osten zu den Doppeltürmen der Klosterkirche Indersdorf wird durch die geplante Photovoltaikanlage nicht beeinträchtigt, da die Horizontlinie durch die max. 2,50 m hohen Module nicht gestört bzw. gebrochen wird.

Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

Bau- und Bodendenkmäler sind bekannt und somit nicht betroffen. Das nächste Bau- bzw. Bodendenkmal Nr. D-1-7634-0145 „Untertägige mittelalterliche und frühneuzeitliche Siedlungsteile des Altortes von Arnbach.“ liegt rund 690 m südwestlich des Planungsgebietes. In den vorhandenen Listen und Beschreibungen von Denkmälern sind keine Hinweise auf irgendwelche Bestände innerhalb des Geltungsbereiches genannt. Eventuell beim Bau zu Tage tretende Bodendenkmäler werden der Unteren Denkmalschutzbehörde gemeldet.

Vorbehalts- und Vorranggebiete für Bodenschätze bestehen innerhalb des Planungsgebietes sowie im näheren Umfeld nicht. Gemäß der Übersichtsbodenkarte M 1:25.000 kommt „fast ausschließlich Gley-Braunerde aus (skelettführendem) Sand (Talsediment)“ im Vorhabensbereich vor.

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Es sind keine wesentlichen Wechselwirkungen vorhanden.

4.5 Beschreibung der Umweltauswirkungen der Planung

Die Beschreibung erfolgt auf Grundlage der Zustandsermittlung und beschränkt sich auf die nach Bebauungsplan möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter.

Schutzgut	zu erwartende, erhebliche Auswirkungen
Mensch	Es ist von keiner erheblichen Auswirkung auszugehen. Durch die bestehende Blickbeziehung zur Bahntrasse und zu der Staatsstraße St 2054 bestehen bereits Beeinträchtigungen in der Erholungsnutzung.
Tiere und Pflanzen	Aufgrund der Bestandssituation ist von keinen erheblichen Auswirkungen auszugehen. Durch die Anlage von Hecken und Gehölzflächen sowie die extensive Wiesennutzung der Modulflächen ist ein zusätzlicher Lebensraum für eine Vielzahl nicht an Ackerflächen gebundener Arten zu erwarten.
Boden	Durch die Festsetzungen ist nur eine äußerst geringe Teilversiegelung des Bodens möglich. Ausgleichs- und Minimierungsmaßnahmen mindern die Eingriffe.
Wasser	Im Gesamtsystem sind aufgrund der geringen Versiegelungen keine erheblichen Auswirkungen zu erwarten. Der Wasserhaushalt auf der Fläche wird nicht verändert.
Luft	Es ist von keinen erheblichen Auswirkungen auszugehen.
Landschafts- und Ortsbild	Durch die Module und die sonstigen baulichen Anlagen, vor allem der Einzäunung, sind erkennbare Auswirkungen zu erwarten. Die Eingrünungsmaßnahmen dienen der Minderung der Auswirkungen. Sofern die Randbepflanzung angewachsen ist und erhalten bleibt, sind im Nahbereich technische Elemente von wenigen Blickpunkten aus erkennbar. Von weiter entfernten Blickpunkten bestehen nur zum Teil Sichtbeziehungen (zur Staatsstraße St 2054) zum geplanten Vorhaben.
Kultur und Sachgüter	Es ist von keinen erheblichen Auswirkungen auszugehen.

Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaftsbild

Um die Intensität der ästhetischen Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf die umgebende Landschaft zu ermitteln, ist das Vorhaben zunächst mit jenen Aspekten zu erfassen, die das Landschaftsbild für den Betrachter ästhetisch wirksam verändern können. Dazu gehören im Wesentlichen die Module und Baukörper, die Höhe der Anlage, der umgebende Zaun, die Maßnahmen zur Eingrünung und der Standort der Anlage.

Die auf den Betrachter subjektiv wirkende Gliederung des Planungsbereiches wird maßgebend vom Zusammenspiel der Strukturwechsel zwischen Acker-, Grünflächen und Sied-

lungsflächen mit dem weich bewegten Relief geprägt. Von West nach Nord-Ost wird die Landschaft durch die Bahntrasse und Staatsstraße zergliedert.

Die Vielfalt beschränkt sich auf die wiederkehrende Abfolge der genannten Elemente.

Auch wenn im landschaftsästhetischen Wirkungsraum der geplanten Anlage Landwirtschaft intensiv betrieben wird und bauliche Anlagen die Landschaft zerschneiden, so kann dem Landschaftsbild großräumig betrachtet und ästhetisch gesehen dennoch eine gewisse Naturnähe nicht abgesprochen werden.

Die Eigenart des Landschaftsraumes ergibt sich durch die mäßige Reliefstruktur. Gegenüber dem unmittelbaren Wirkbereich liegen im weiteren Umfeld eine Vielzahl von ähnlicher Eigenart geprägte Landschaftsteile. Das Glonntal durchschneidet als 1 bis 1,5 km breites Band von Südwest nach Nordost den Landkreis Dachau und umfasst 3.000 ha. Die Glonn stellt ein zentrales Fließgewässer im dar und ist ein wertvolles Fließgewässer im Landkreis Dachau. Im Süden des Landschaftsschutzgebietes Glonntal sind zahlreiche kleinräumige vernetzte Biotope zu finden. Von einem im weiteren Gesamttraum seltenen Landschaftsausschnitt kann nicht ausgegangen werden.

Zur Wirkung des Vorhabens in die Weite wurde eine visuelle Prüfung durchgeführt. Die Fernwirkung ist überwiegend als gering zu bezeichnen. Die Weite ist jedoch durch die Bahntrasse und die Staatsstraße St 2054 bereits beeinträchtigt.

Ästhetische Verluste entstehen durch bauliche Anlagen, wenn die elementaren Maßverhältnisse in einer Landschaft missachtet werden. Der Höhenmaßstab wird durch die geplanten Bauhöhen nicht verletzt. Im näheren Umfeld sind vor allem landwirtschaftliche Nutzflächen vorhanden.

Der Flächenumfang befindet sich innerhalb der landschaftstypischen Maßstäblichkeit.

Bäuerliche Kulturlandschaft wird vom Durchschnittsbetrachter als naturnahe Gegenwelt zu technisch-urban gestalteten Wohnumfeldern wahrgenommen. Bedingt störend wirkt in diesen Landschaften technische Überfremdung. Im näheren Umfeld besteht mit der Staatsstraße St 2054 und der Bahnlinie bereits eine Störung dieses Bildes. Eine zusätzliche Belastung durch den Bau der Solarmodule ist somit in diesem Zusammenhang vertretbar. Die Maßnahmen zur Eingriffsminimierung werden in weiten Teilen des Untersuchungsraumes wirksam sein. Es verbleibt jedoch visuell wie auch psychologisch die Anreicherung des Untersuchungsraumes durch ein neues, bisher nicht vorhandenes, großflächiges Element.

4.6 Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

4.6.1 Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung

Folgende Vermeidungs- bzw. Minimierungsmaßnahmen wurden berücksichtigt:

- Festsetzung zur Gestaltung und Nutzung der Bodenfläche unter den Modulen
- Reduzierung der baulichen Höhe der Module
- Reduzierung der baulichen Höhe der Nebengebäude
- Festsetzung der naturschutzrechtlichen Ausgleichsflächen außerhalb der Einzäunung
- Festsetzungen zur Art und Größe der Pflanzbindungen
- Festsetzung zur Fundamentausbildung, keine oberirdischen Fundamente
- Beschränkung von Werbemaßnahmen

4.6.2 Ausgleichsmaßnahmen

Die Ausgleichsmaßnahmen werden im Umweltbericht des Bebauungsplans detailliert erläutert.

4.6.3 Art und Ausmaß von unvermeidbaren nachteiligen Auswirkungen

Auswirkungen auf das Landschaftsbild sind abhängig von der Größen- und Höhenentwicklung der baulichen Anlagen und von der Randgestaltung/Eingrünung.

4.6.4 Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Die Änderungsgebiete sind landwirtschaftlich intensiv genutzt. Die Zustandsbeschreibung der Schutzgüter erfolgte in Kap. 4.4.

Zu erwarten sind Eingriffe in Natur und Landschaft durch bauliche Anlagen, insbesondere durch die Module zur Sonnenenergienutzung, in geringem Umfang durch Nebengebäude und durch die Einzäunung der Anlage. Versiegelungen sind bei vergleichbaren Projekten nur in sehr geringem Umfang zu erwarten.

Im Wesentlichen sind Eingriffe in das Schutzgut Landschaftsbild zu erwarten. Der gesetzliche Ausgleichsflächenbedarf wird sich daher auf den Ausgleich unvermeidbarer Eingriffe in das Landschaftsbild konzentrieren. Insofern sind die Ausgleichsmaßnahmen auf die Wiederherstellung eines angemessenen Landschaftsbildes abzustellen. In der Plandarstellung der 2. Teiländerung des Flächennutzungsplanes ist eine Eingrünung (Pflanzmaßnahme nach § 5 Abs. 2 Ziff. 10 und Abs. 2a BauGB) als Ausgleichsmaßnahme dargestellt. Eine genaue Ermittlung der Art der Eingrünung und des Flächenbedarfs für die Ausgleichsmaßnahme erfolgt im vorhabenbezogenen Bebauungsplan.

4.8 Geplante Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen durch den Bauleitplan (Monitoring)

Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen des Projektes erfolgen durch die Gemeinde Schwabhausen im Zuge des weiteren Bauleitplanverfahrens. Des Weiteren erfolgen Ortsbesichtigungen im Verwaltungsvollzug nach Realisierung der Maßnahme.

5. Zusammenfassung

Die nachstehende Tabelle fasst die Ergebnisse zusammen:

Schutzgut	Baubedingte Auswirkungen	Anlagebedingte Auswirkungen	Betriebsbedingte Auswirkungen	Ergebnis
Boden	Mittlere Erheblichkeit	Geringe Erheblichkeit	Geringe Erheblichkeit	gering
Wasser	Geringe Erheblichkeit	Mittlere Erheblichkeit	Geringe Erheblichkeit	gering
Klima/Luft	Geringe Erheblichkeit	Geringe Erheblichkeit	Geringe Erheblichkeit	gering
Tiere/Pflanzen	Geringe Erheblichkeit	Geringe Erheblichkeit	Geringe Erheblichkeit	gering
Mensch (Erholung)	Geringe Erheblichkeit	Mittlere Erheblichkeit	Geringe Erheblichkeit	gering
Mensch (Immissionen)	Geringe Erheblichkeit	Mittlere Erheblichkeit	Geringe Erheblichkeit	gering
Landschaft	Geringe Erheblichkeit	Geringe Erheblichkeit	Mittlere Erheblichkeit	gering
Kultur- und Sachgüter	nicht betroffen	nicht betroffen	nicht betroffen	nicht betroffen

Ziel der 2. Teiländerung des Flächennutzungsplanes ist die bauleitplanerische Vorbereitung einer Photovoltaikanlage. Die Flächen sind bisher intensiv landwirtschaftlich genutzt, im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind keine Biotopflächen oder Gehölzbestände vorhanden.

Die Fläche liegt auf einer leicht nordwestlich exponierten Lage und hat geringe Fernwirkung Richtung Nordosten.

Die Auswirkungen der Anlage auf das Landschaftsbild sind vor allem im näheren Umfeld erkennbar. Durch die festgesetzten Minimierungs- und Eingrünungsmaßnahmen können die Auswirkungen auf das Landschaftsbild und auch auf die Erholungseignung der Land-

schaft deutlich verringert werden. Die Flächen werden kaum versiegelt, so dass keine nachteiligen Auswirkungen auf Boden und Wasserhaushalt zu erwarten sind.

Auf dem Planungsgebiet, welches jetzt überwiegend als Acker genutzt wird, sollen ortsfeste Photovoltaikelemente errichtet werden. Spezielle Untersuchungen zum Artenbestand wurden nicht durchgeführt.

Die Planung hat aufgrund der Topografie und der Lage geringe Auswirkungen auf das Landschaftsbild. Geeignete Maßnahmen zur Verringerung der Eingriffs- und Ausgleichsmaßnahmen werden getroffen. Die erforderliche Einbindung in die Landschaft sowie die Ausgleichsflächen werden in Form von extensiv genutzten Wiesenflächen und Strauchpflanzungen sowie Baum-Strauchpflanzungen bereitgestellt.

Verfasser:

bos.ten AG

Franz-von-Taxis-Ring 30-32

93049 Regensburg

i.A. Andrea Gatzek

Landschaftsarchitektin

Stand: 01.10.2013



bos.ten

2. TEILÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANS

Freiflächen-Photovoltaikanlage südlich der Bahnlinie Dachau-Altomünster



ZUSAMMENFASSENDE ERKLÄRUNG

nach §6 Abs. 5 BauGB



Zusammenfassende Erklärung

1. Ziel der Änderung des Flächennutzungsplanes

In der Gemarkung Arnbach, nördlich von Schwabhausen ist entlang der Bahnlinie Dachau-Altomünster im Außenbereich auf den Ackerflächen mit den Fl.Nrn. 166, 167 und 168 eine Photovoltaik-Freiflächenanlagen geplant. Die Gesamtfläche beläuft sich auf etwa 5,34 ha. Der Gemeinderat hat in der Gemeinderatssitzung am 23.04.2013 die 2. Teiländerung des Flächennutzungsplans beschlossen.

Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit integriertem Grünordnungsplan „Freiflächen-Photovoltaikanlage südlich der Bahnlinie Dachau-Altomünster“ wird im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB durchgeführt. Somit entwickelt sich dieser aus der Flächennutzungsplanänderung.

Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung entspricht dem Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit integriertem Grünordnungsplan. Er umfasst die Flurstücke mit den Flurnummern 166, 167 und 168 der Gemarkung Arnbach, welche in einem 110 m - Bereich südlich der Bahnlinie Dachau-Altomünster liegen. Weiter im Süden verläuft die Staatsstraße St 2054. Die nächstgelegenen Wohnbebauungen sind Obermoosmühl im Nordosten, Ottmarshart im Südosten und Arnbach im Südwesten.

Gemäß dem Schreiben des Innenministeriums vom 14.01.2011 ist in einem eng begrenzten Korridor von 110 m beiderseits von Verkehrsstrassen, angesichts der Vorbelastung der Flächen, die Bebauung mit Freiflächen-Photovoltaik möglich. Im wirksamen Flächennutzungsplan sind im Änderungsbereich und im angrenzenden Umfeld Flächen für die Landwirtschaft, die Bahnlinie Dachau-Altomünster und die Staatsstraße St 2054 dargestellt. Die Nutzung der bisher intensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen ist nunmehr als Sondergebiet nach § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Freiflächen-Photovoltaikanlagen“ vorgesehen.

2. Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

2.1 Öffentlichkeitsbeteiligung

Bei der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB (10.06.2013 bis 09.07.2013) und der Beteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (09.08.2013 bis 09.09.2013) der Öffentlichkeit sind keine Stellungnahmen eingegangen.

2.2 Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und sonstige Behörden

Die Hinweise und Anforderungen der beteiligten Behörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB wurden sachgerecht abgewogen bzw. in Plan, Begründung und Umweltbericht eingearbeitet.

2.1.1 Bayerisches Landesamt für Umwelt

Als weitere Vermeidungs- und Verringerungsmaßnahmen der schädlichen Auswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgut Boden sollen dem Kapitel 5.1 „Maßnahmen zur Vermeidung und Verringerung“ im Umweltbericht noch die folgenden Punkte hinzugefügt werden:

Um unnötige Verdichtungen des Bodens zu vermeiden, ist die Fläche ausschließlich bei trockener Witterung zu befahren. Für alle Arbeiten, bei denen Baumaschinen zum Einsatz kommen, hat der Boden eine feste bis maximal steife Konsistenz aufzuweisen.

Ergebnis: Die Stellungnahme wurde sachgerecht abgewogen. Die Forderungen und Hinweise des Bayerischen Landesamts für Umwelt wurden auf Ebene des Bebauungsplans beachtet.

2.2.2 DB Services Immobilien GmbH

Sämtliche Ansprüche gegen die Deutsche Bahn AG aus dem gewöhnlichen Betrieb der Eisenbahn sind ausgeschlossen. Sicherheitsabstände sind einzuhalten und Sicherheitsvorkehrungen vorzusehen. Es ist zu gewährleisten, dass durch den Bau, Bestand und Betrieb der Photovoltaikanlage keinerlei negative Auswirkungen auf die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs entstehen können. Die uneingeschränkte Zugangs- und Zufahrtsmöglichkeit zu den vorhandenen Bahnanlagen und Leitungen muss auch während der Bauphase für die Deutsche Bahn AG jederzeit gewährleistet sein. Einhaltung eines Sicherheitsabstands von 2,50 m zwischen Bahnanlagen und Bepflanzung.

Ergebnis: Die Stellungnahme wurde sachgerecht abgewogen. Ein Passus zu den „Ansprüchen gegen die Deutsche Bahn AG“ ist unter Textliche Hinweise auf Ebene des Bebauungsplans bereits enthalten. Negative Auswirkungen der Photovoltaikanlage auf die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs sind sicher ausgeschlossen, da der Abstand zu den Schienen mindestens 8 m beträgt. Die im Norden (zu den Schienen hin) geplanten Strauchgruppen werden auf 2,50 m zurückgeschnitten.

2.2.3 Kreisbrandinspektion Dachau

Bei Gebäudeflächen und der Zufahrt zum Wohngebiet ist die Richtlinie „Flächen für die Feuerwehr DIN 14090“ unter allen Umständen einzuhalten. Bei der Planung von Photovoltaikanlagen auf dem Dach muss die Feuerwehr zur Brandbekämpfung über Drehleitern auf bzw. an das Dach gelangen können. Trennlastschalter sollten leicht erkenn- bzw. erreichbar sein. Die Löschwasserversorgung ist durch die Gemeinde Schwabhausen nach dem Merkblatt des Bayer. Landesamt für Wasserwirtschaft Nr. 1.8/5 von 08/2000 bzw. nach den technischen Regeln des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) – Arbeitsblätter W331 und W 405 – zu erfolgen bzw. auszubauen. Aus den Aufenthaltsräumen von nicht ebenerdig liegenden Geschossen muss die Rettung von Personen über zwei voneinander unabhängige Rettungswege gewährleistet bzw. über tragbare Leitern der Feuerwehr sichergestellt sein.

Ergebnis: Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

2.2.4 Landratsamt Dachau – Fachbereich Rechtliche Belange

Es wird darum gebeten, sich im Umweltbericht mit dem Konfliktpotential einer Blendwirkung für den morgendlichen und abendlichen Berufsverkehr auseinanderzusetzen. Zudem wird die Darlegung und Bewertung von Standortalternativen vermisst; der Umweltbericht ist entsprechend zu ergänzen.

Ergebnis: Die Stellungnahme wurde sachgerecht abgewogen. Der Umweltbericht wurde entsprechend dem Ergebnis der durchgeführten Blendanalyse ergänzt. Außerdem wurden der Titel

des Punktes 4.1.2, in dem Standortalternativen bereits vorhanden waren, klarer formuliert und die Standortalternativenprüfung noch auf Anbindungsmöglichkeiten an Siedlungseinheiten ergänzt.

2.2.5 Markt Markt Indersdorf

Der Geltungsbereich der vorliegenden Planung grenzt an eine Fläche an, welche im Landschaftsplan und im Standortkonzept des Marktes zur Förderung von Freiflächenphotovoltaik als landschaftliche Vorbehaltsfläche bzw. Vorbehaltsfläche für den Naturschutz dargestellt wird. Es soll näher dargelegt werden, dass keine negativen Auswirkungen auf die Planungsbemühungen des Marktes entstehen. Zudem soll detaillierter auf die Auswirkungen der Planung auf die Sichtbeziehung von der St 2054 von Arnbach kommend in Richtung Markt Indersdorf zu den Doppeltürmen der Klosterkirche Indersdorf eingegangen werden. Auch die Möglichkeit der Minimierung einer Blendwirkung für den Bereich Ottmarshart soll planerisch festgesetzt werden.

Ergebnis: Die Stellungnahme wurde sachgerecht abgewogen. Begründung und Umweltbericht zum Flächennutzungsplan wurden um einen Passus, dass keine negativen Auswirkung hervorgehen, ergänzt. Die Sichtbeziehung zu den Doppeltürmen der Klosterkirche wird nicht beeinträchtigt, da die Horizontlinie durch die geplante Photovoltaikanlage nicht gestört bzw. gebrochen wird. Ebenso kann eine Blendwirkung aufgrund der Südausrichtung der Anlage sicher ausgeschlossen werden.

2.2.6 Regierung von Oberbayern – Höhere Landesplanungsbehörde

Es wird empfohlen, nicht nur den Rückbau festzulegen, sondern diesen auch finanziell absichern zu lassen und das Baurecht zeitlich zu begrenzen.

Ergebnis: Die Stellungnahme wurde sachgerecht abgewogen und der Hinweis zur Kenntnis genommen. Ein zeitliches Baurecht wird im Durchführungsvertrag zwischen Vorhabenträger und Gemeinde geregelt. Die finanzielle Absicherung des Rückbaus der Anlage ist in den Pachtverträgen mit den Grundstückseigentümern geregelt.

2.2.7 Staatliches Bauamt Freising – Fachbereich Straßenbau

Die bestehende Feldwegzufahrt ist auf einer Länge von mind. 10 m ab Fahrbahnrand mit bituminösem oder gleichwertigem Belag zu befestigen. Der Straße darf durch die Befestigung keine Oberflächenwasser zugeführt werden. Über den Anschluss der Baustellenzufahrt an die Staatsstraße St 2054 hat der jeweilige Vorhabenträger rechtzeitig vor Beginn der Bauarbeiten eine Sondernutzungserlaubnis zu beantragen. Die Blendung der Verkehrsteilnehmer entlang der St 2054 durch die geplante Anlage ist zwingend auszuschließen.

Ergebnis: Die Stellungnahme wurde sachgerecht abgewogen und entsprochen. Vom Vorhabenträger wurde eine Blendanalyse erstellt und der Begründung zum Bebauungsplan beigelegt.

3. Beurteilung und Berücksichtigung der Umweltbelange

Im Rahmen der 2. Teiländerung des Flächennutzungsplans wurden Standortalternativen überprüft. Die Standortalternativenprüfung ergab, dass an eine Siedlungseinheit angebundene und nach dem EEG förderfähige Standorte, außer der geplanten Vorhabenfläche, nicht vorhanden bzw. nicht

geeignet sind. Im Gemeindegebiet Schwabhausen wurden nachfolgende Alternativstandorte überprüft:

- Nördlich der Bahntrasse bei Arnbach (Variante 1: innerhalb des Landschaftsschutzgebietes Glonnal, teilweise im Überschwemmungsgebiet der Glonn),
- Nordöstlich von Schwabhausen (Variante 2: überwiegend Nordhänge, Widerspruch zu städtebaulicher Entwicklung, vorbelastetes Orts- und Landschaftsbild durch bestehende Gewerbebauten) und
- Südlich von Schwabhausen (Varianten 3: Nordhang, teilweise starke Verschattung durch bestehenden Wald, kleinteilig, Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbilds).

Die nachstehende Tabelle fasst die Ergebnisse der Bewertung der Auswirkungen auf die Umwelt durch die Anlagen zusammen.

Die Beschreibung erfolgt auf Grundlage der Zustandsermittlung und beschränkt sich auf die nach Bebauungsplan möglichen Auswirkungen auf die Schutzgüter

Schutzgut	Ziele und deren Berücksichtigung
Bodenschutz	Bodenversiegelung auf das notwendige Maß beschränken, Funktionen des Bodens erhalten und wiederherstellen, sparsamer Umgang mit Grund und Boden
Berücksichtigung:	sparsame Erschließung, Nebengebäude am Grundstücksrand, keine Fundamente für die Module, ausreichender Abstand der Module über dem Boden
Immissionsschutz	Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen und Auswirkungen auf das Lokalklima
Berücksichtigung	Anordnung der Module parallel zur Hauptwindrichtung, genügend Abstand zwischen den Modulen, Lage in gut durchlüfteter Lage im Landschaftsraum, Eingrünungsmaßnahmen zum Schutz vor Blendimmissionen, Verwendung reflexionsarmer Module
Wasserschutz	Schutz von Grund- und Oberflächenwasser, Erhalt der natürlichen Rückhaltefunktion
Berücksichtigung	Schmelz- und Niederschlagswasser kann zwischen den Modulen abtropfen und auf dem Grundstück versickern, keine erhebliche Veränderung des Wasserhaushalts
Natur- und Landschaftsschutz	Standortprüfung mit Beurteilung möglicher Fernwirkungen und erheblicher, nachteiliger Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild
Berücksichtigung	Randeingrünung zur Minderung der Fernwirkung, Festsetzungen zur Dimension und Gestaltung der baulichen Anlagen, visuelle Prüfung zur Beurteilung der Auswirkungen auf das Landschaftsbild

Geeignete Ausgleichsmaßnahmen sind auf Ebene des Bebauungsplans festgesetzt. Der erforderliche Ausgleich wird südlich des Geltungsbereiches in Form einer extensiven Wiese mit einer Baum-Strauchhecke bereitgestellt.

Folgende Vermeidungs- bzw. Minimierungsmaßnahmen wurden berücksichtigt:

- Festsetzung zur Gestaltung und Nutzung der Bodenfläche unter den Modulen
- Reduzierung der baulichen Höhe der Module
- Reduzierung der baulichen Höhe der Nebengebäude
- Festsetzung der naturschutzrechtlichen Ausgleichsflächen außerhalb der Einzäunung
- Festsetzungen zur Art und Größe der Pflanzbindungen
- Festsetzung zur Fundamentausbildung, keine oberirdischen Fundamente
- Beschränkung von Werbemaßnahmen

Der Feststellungsbeschluss durch den Gemeinderat Schwabhausen erfolgte am 01.10.2013. Die 2. Teiländerung des Flächennutzungsplanes wurde am 31.10.2013 zur Genehmigung vorgelegt. Das Landratsamt Dachau genehmigte die 2. Teiländerung des Flächennutzungsplans mit Bescheid (Az: 40/610 – 4/2 BL 13 00 29) vom 26.11.2013. Der Feststellungsbeschluss wurde durch die Gemeinde Schwabhausen am 06.12.2013 gemäß § 6 Abs. 5 BauGB bekannt gemacht. Die Flächennutzungsplanänderung ist damit am 06.12.2013 wirksam geworden.

Schwabhausen, den 09.12.2013

1. Bürgermeister
Josef Baumgartner

